

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UA-JHP/008(VI)/15			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Unterausschuss Jugendhilfeplanung	Montag, 02.03.2015	Jugendamt, Zimmer 403 W.-Höpfner-Ring 4	09:30Uhr	11:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift vom 23.02.2015

Nichtöffentliche Sitzung

- 6 Entwurf DS - Leistungsverträge zu Beratungsangeboten gem. Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) für das Jahr 2015
- 7 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

- 4 UAG Kita - Abstimmung Kita Standards
- 2 Abstimmung Prioritätenliste Schulsozialarbeit
- 3 Information zum Stand der Infrastrukturplanungen §§ 11 - 14
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzender

Schwenke, Wigbert

Mitglieder des Gremiums

Wübbenhorst, Beate

Krull, Tobias

Jannack, Dennis

Kanter, Liane

Rudolf, Heike

Arnold, Cornelia Dr.

+ Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Herr Schwenke eröffnet die Sitzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung;
- die Sitzung ist ordnungsgemäß einberufen, es sind 7 Mitglieder anwesend;

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

- TOP 4 Kita-Standard aus der UAG Kita wird zusätzlich aufgenommen (wurde in der letzten UA-Sitzung angemeldet)
- Frau Dr. Arnold bittet den TOP 5 vorzuziehen;
- die veränderte Tagesordnung wird **einstimmig** bestätigt;
- Herr Schwenke weist daraufhin, dass zuerst der nichtöffentliche Teil, dann TOP 4 vorgezogen werden;

1.2. Genehmigung der Niederschrift vom 23.02.2015

- die Niederschrift vom 23.02.2015 wird **mit dem Abstimmergebnis 6/0/1** genehmigt;
- Herr Schwenke stellt die Nichtöffentlichkeit her;

Öffentliche Sitzung

- Herr Schwenke stellt die Öffentlichkeit der UA-Sitzung wieder her;

4. UAG Kita Standards

- TOP 4 wird vorgezogen;
- Frau Rudolf geht noch einmal auf die in der letzten Woche verteilten Unterlagen ein, erläutert die Kalkulation der Leitungsstunden einer Einrichtungsleitung und geht auch auf die anderen Standards kurz ein;
- sie weist darauf hin, dass die aufgeschlüsselten Leitungsaufgaben nötig sind, um die Vorgaben des KiFöG entsprechend umzusetzen oder die Verwaltung festlegen soll, welche Leistungen gestrichen werden sollen;
- Herr Schwenke bittet die Verwaltung zu den Vorschlägen der UAG um eine Stellungnahme;
- Frau Pawletko informiert, dass die Verwaltung heute noch keine schriftliche und keine abschließende Einschätzung zu den Vorschlägen der UAG fertig gestellt hat, da unter anderem für die Berechnung der Leitungsstunden noch folgende Nachfragen bestehen:
 - o Soll bei unter 100 Kinder die bisherige Regelung angewandt werden oder der geforderte Standard der Träger?

- Soll bei über 100 Kindern die Leitungsstunden anteilig hochgesetzt werden?
- obwohl die Erhöhung der Leitungsstunden wünschenswert ist, da die LH MD nicht im oberen Viertel, was die Anzahl der Leitungsstunden bundesweit betrifft, liegt;
- sie weist darauf hin, dass die Verwaltung einen klaren Auftrag hat, sich im vorgegebenen Haushaltsrahmen zu bewegen und die vorliegenden Vorschläge der UAG einen Mehrbedarf von ca. 2,8 bis 3,4 Mill. EUR bedürfen;
- der Vorschlag für Fortbildungen wird ca. 800 TEUR Mehrkosten verursachen, da auch diesbezüglich die Erhöhung des Personalschlüssels notwendig ist;
- Herr Schwenke und Frau Wübbenhorst beklagen, dass unbedingt Vergleichszahlen benötigt werden, was würden die vorgeschlagenen Modelle kosten, eine Gegenüberstellung der Kosten ist notwendig, auch für die nächste Juhi-Sitzung!
- Frau Kanter und Herr Jannack drängen erneut auf einen Vergleich der Kosten kommunaler Einrichtungen und der Einrichtungen in freier Trägerschaft;
- Frau Pawletko antwortet, dass die Berechnung der kommunalen Einrichtungen genauso erfolgt, wie die der freien Träger;
- Herr Schwenke hat noch im Hinterkopf, dass Herr Jahns und Herr Dammering in einer der ersten Beratungen zur Thematik die Meinung vertraten, dass ihre Modelle kaum Mehrkosten verursachen, bzw. diese an anderen Stellen eingespart werden können, er fragt, ob dies noch zutrifft;
- Herr Dammering geht noch einmal auf die vorliegenden Modelle – Kalkulation der Leitungsstunden - der UAG ein, erläutert diese: ab 100 Kinder – eine Vollzeitkraft für Leitungstätigkeit, d. h. für 140 Kinder – 1,4 Vollzeitkräfte für Leitungstätigkeit
- er hebt hervor, dass noch immer ein Modell der Verwaltung fehlt!, außerdem soll die Verwaltung entscheiden, welche Leistungen sind gewollt oder was müssen bzw. sollen die Träger nicht mehr leisten?
- auch er würde gern die Berechnungen der kommunalen Träger vorgestellt bekommen, da er bezweifelt, dass Kitas in kommunaler Trägerschaft gleich bezahlt werden;
- Herr Jahns plädiert aus Sicht der UAG die aufgeschlüsselten Leitungsaufgaben den Vorgaben des KiFöG LSA und dem Bildungsprogramm elementar anzupassen, welche in den Einrichtungen umgesetzt werden müssen, eine Kürzung würde dem widersprechen;
- 4 Träger haben den Vorschlag erarbeitet und sehen diesen als absolutes Minimum!
- wie bereits Herr Jannack erwähnt, reicht die Arbeitszeit der Leiter/-innen derzeit nicht aus, sie nehmen Arbeit mit nach Hause, um unbezahlt die verlangte Arbeit zu erledigen;
- auch erläutert er, dass Leiter/-innen (höhere Eingruppierung als Erzieher/-innen), ihre Arbeit liegen lassen müssen, damit sie noch weitere Arbeit, teilweise 24 h, am Kind abdecken kann;
- er verweist auch auf den hohen Krankenstand von Leiter/-innen und Erzieher/-innen;
- außerdem vergleicht er den viel höheren Nachtragshaushalt im Bereich Hilfen zur Erziehung mit 4 Mill. EUR Mehrkosten im Bereich Kita:
- auch er erbittet endlich um Zahlen, Modelle von der Verwaltung;
- Frau Pawletko erinnert, dass es bereits Modelle der Verwaltung gibt, die aus der DS0498/14 hervorgehen und kann mit Sicherheit sagen, dass das Modell der freien Träger, nach Herrn Dammering`s eben nochmaliger Erläuterung, den Höchstmehrbedarf von 3,8 Mill. EUR betragen wird und es damit Einrichtungen geben wird, die an bis zu 3 Leiterinnen in Vollzeitkraft verfügen;
- zudem ist sie sicher, dass der Personalschlüssel, als auch die Leitungsstunden für kommunale Träger nicht anders gerechnet werden;

- Herr Schwenke stellt fest, dass der UA JHP heute zu keinem Ergebnis kommen kann;
- Für die weitere Beratung werden folgende Unterlagen benötigt:
 - o 1. vergleichbare Zahlen von der Verwaltung zu den Modellen der Verwaltung
 - o 2. vergleichbare Zahlen von kommunalen Einrichtungen
 - o 3. Auswirkungen untersetzt - Vergleich Modelle freier Träger und Modell Verwaltung – Rechenmodelle - Handlungsspielräume
- sollten die Zahlen nicht zum Juhi 12.03.2015 vorliegen können, dann ist dieser Arbeitsauftrag zur nächsten UA-Sitzung umzusetzen;

2. Abstimmung Prioritätenliste Schulsozialarbeit

- Frau Wübbenhorst geht noch einmal kurz auf den verteilten Auftrag an die Verwaltung resultierend aus der letzte UA-Sitzung, einen Antrag zur Sicherstellung der Schulsozialarbeit in Magdeburg für den OB bzw. für den Stadtrat vorzubereiten, ein;
- der Antrag liegt den Mitgliedern für die heutige Sitzung vor;
- der Antragstext wurde verändert, es folgt eine kurze Lesepause;
- Frau Kanter fragt, ob eine Aussage vom Land bis zum April 2015 zu erwarten, nicht zu früh sei;
- Herr Dr. Gottschalk verweist diesbezüglich auf die nahtlose Anschlussfinanzierung;
- Herr Schwenke informiert, dass er in der nächsten Landtagssitzung ein politisches Signal als Anfrage stellen wird;
- er stellt den vorliegenden Antrag, der dem Juhi in seiner nächsten Sitzung vorgelegt wird, zur Abstimmung;

Interfraktioneller Antrag UA JHP 02.03.2015

Der Stadtrat bekennt sich zur bestehenden Struktur der Schulstandorte für Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg (siehe Anlage).

Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister sich an das Land Sachsen-Anhalt zu wenden, um für die dem Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung stehenden ESF-Mittel eine Aussage zur nahtlosen Finanzierung bestehender Standorte der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg bis zum April 2015 zu erhalten und eine nahtlose Anschlussfinanzierung für schon bestehende Standorte der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg zu gewährleisten.

Begründung:

Aufgrund von Informationen zur Bearbeitung der seit 15. Januar 2015 vorliegenden Anträge von Trägern der Jugendhilfe beim Landesverwaltungsamt wird durch die Magdeburger Stadtverwaltung angenommen, dass durch das Land Sachsen-Anhalt beabsichtigt ist, nur bisher mit ESF-Mitteln durch das Land Sachsen-Anhalt direkt geförderte Standorte der Schulsozialarbeit nahtlos weiter zu finanzieren.

Für die in der Landeshauptstadt Magdeburg bis 31.12.2015 aus dem kommunalen Verwaltungshaushalt umverteilten Haushaltsmittel geförderten 12 Grundschulstandorte

zeichnet sich keine entsprechende nahtlose Weiterfinanzierung ab. In Aussicht gestellt ist eine Fortführung der Schulsozialarbeit an den seit mehreren Jahren durch Schulsozialarbeit unterstützten Standorten nach einer bis zu einjährigen Unterbrechung.

Das bedeutet ein Wegbrechen von etablierten Strukturen, obwohl die benötigten ESF-Mittel zur Verfügung stehen. Es ist nicht nachvollziehbar, die Antragsbearbeitung vom 15.01.2015 bis zum Dezember 2015 nicht abschließen zu können, da die Landeshauptstadt Magdeburg jedwede Unterstützung zur fachlichen Einschätzung und Priorisierung der Anträge dem Landesverwaltungsamt bis zum März 2015 in Aussicht gestellt hat und auch leistet.

Abstimmergebnis 7/0/0

- Herr Dr. Gottschalk verteilt, die aus der letzten UA-Sitzung überarbeitete Rankingliste für die weiteren Schulstandorte der Priorisierung der Förderung der Schulsozialarbeit;
- die Liste soll als Empfehlung aus dem UA JHP dem Land gesendet werden;
- Herr Jannack und Frau Kanter finden die Rankingliste wenig transparent und verstehen nicht, warum Schulen mit geringer Schüleranzahl an einer der obersten Ränge stehen.
- Herr Dr. Gottschalk informiert, dass die Rangfolge in Auswertung einer Matrix (Indikatoren wurden in der letzten UA-Sitzung bestätigt) der von den Schulen beantworteten Fragebögen, entstanden ist;
- es wird lange diskutiert, ob diese Rangfolge verändert werden soll, Frau Kanter ist der Meinung, sich hierfür erneut Zeit zu nehmen, um die problembehafteten Schulen wirklich an erster Stelle zu platzieren, auch die Anzahl der Schüler soll eine wichtige Rolle spielen oder die Schulen sollen alphabetisch sortieren werden;
- Herr Schwenke hält dies, auch aus zeitlichen Gründen nicht für angemessen, da es sich hier um das objektive Ergebnis der Berechnung handelt, eine Änderung würde das Verfahren ungläubig machen und der UA kann nicht die Arbeit der Verwaltung übernehmen;
- Frau Kanter wünscht von der Verwaltung detailliert vorgestellt zu bekommen, was die Schulen zurückgemeldet haben;
- Herr Dr. Gottschalk schlägt vor, in der Rankingliste die Anzahl der Schüler mit aufzunehmen und einzubeziehen;
- Herr Schwenke stellt zur Abstimmung:

Dem Land werden folgende Unterlagen für die Prioritätensetzung für SSA- Standorte übergeben:

- o Rankingliste Schulsozialarbeit ergänzt durch die Anzahl der Gesamtschüler der jeweiligen Schulen
- o Bemerkung aus dem UA JHP, dass bei der Prioritätensetzung auf die Gesamtanzahl der Schüler zu achten und diese mit einbezogen werden soll
- o Bemerkung zur Schulsituation anhängen

Den UA-Mitgliedern werden diese Unterlagen (Liste) zeitgleich zugesandt.

Abstimmergebnis 5/0/2

- Herr Dr. Gottschalk weist darauf hin, dass die Schulen Rang 1 und 2 aus der Prioritätenkategorie 2 in die Kategorie Kommune 1 (kommunale Finanzierung)

übertragen werden sollten und daraus die Ränge der bleibenden Schulen in Prioritätenkategorie 2 nach oben rücken;

Der UA JHP stimmt der Änderung mit dem **Abstimmergebnis 6/0/1** zu.

3. Information zum Stand der Infrastrukturplanungen §§ 11 - 14

- folgende Unterlagen wurden verschickt:
 - o Dokumentation - Fachgespräch zur Infrastrukturplanung Jugendarbeit
 - o Dokumentation zum Workshop für Jugendverbände und –initiativen im Rahmen der „Infrastrukturplanung Jugendarbeit der LH MD“ (Stadtteiltreff „OASE“)

- Herr Dr. Gottschalk gibt einen Sachstand zur Infrastrukturplanungen §§ 11 – 14 und berichtet von den drei Veranstaltungen, die alle erfolgreich und nutzbringend verliefen;
- am 28.04.2015 wird ein weiterer Termin AG JA/SSA zur JHP stattfinden, Einladung folgt;
- am 18.03.2015 erstes Fachgespräch Beratungsstellen, auch Kreisarbeitsgemeinschaft beteiligt;
- liegen mit beiden Prozessen im vorgegebenen Zeitplan;

- auf Herrn Pfisters Anfragen zur Personalstelle Koordination JHP und zum Stand der Klärung Personal in der KJE „Kümmelsburg“ antwortet Frau Dr. Arnold:
 - o Kollegin ist in der Einarbeitungsphase
 - o zu Klärung, ob Einrichtung ohne Personal übergeben werden kann, gibt es noch kein Ergebnis, UA wird informiert, sobald ein Ergebnis vorliegt

5. Verschiedenes

Termine UA JHP

- 30.03.2015 um 09:30 Uhr
- 20.04.2015 um 09:30 Uhr

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Wigbert Schwenke
Vorsitzender

Iris Kiuntke
Schriftführerin